

PRESSEAUSSENDUNG

Landesgruppensitzung Österreichischer Städtebund: Städte und Gemeinden stehen vor dem Finanzkollaps

In Ebenthal fand am Montag die Landesgruppensitzung des Österreichischen Städtebundes statt. Zentrale Themen waren im Raum stehende Kostensteigerungen bei der KABEG sowie prognostizierte Mehrausgaben im Gesundheits- und Sozialbereich. Sie bedeuten rund 100 Millionen Euro an Mehrkosten für 2024! Städtebund-Obmann Günther Albel übte heftige Kritik an der Bundesregierung.

Im Raum stehende Kostensteigerungen für Gesundheit und Soziales dürften für 2024 rund 100 Millionen Euro an Mehrausgaben für Kärntens Städte und Gemeinden bringen. Diese bedrohlichen Aussichten waren zentrales Thema der Landesgruppensitzung in der Marktgemeinde Ebenthal. Städtebund-Obmann Günther Albel richtete klare Forderungen an den Bund: Die Zugangsprüfungen zum Medizinstudium müssten mehr Studenten zulassen. Zudem habe ein bundesweit einheitliches Besoldungssystem eingeführt zu werden.

Darüber hinaus müsse der Bund endlich erkennen: Berufe im Gesundheitsbereich müssten attraktiver und flexibler werden, Stichwort: „Work-Family-Balance“. Dies inkludiere zeitgemäße Angebote für Kinderbetreuung, Weiterbildungs-Angebote und neue Arbeitszeitmodelle. „Der Bund ist sich seiner Verantwortung nicht bewusst. Er lässt Länder, Städte und Gemeinden allein im Regen stehen! Vor allem aber glänzt er in den Bereichen Pflege, Bildung, Kinderbildung und -betreuung vor allem durch rückläufige Anschubfinanzierungen“, sagte Albel.

Hartes Ringen beim Finanzausgleich

Städtebund-Generalsekretär Thomas Weninger berichtete von den aktuellen Finanzausgleichs-Verhandlungen mit dem Bund. Dabei betonte er, dass eine Änderung der Verteilung der Steuereinnahmen zugunsten der Städte und Gemeinden auf 14,55 Prozent von derzeit 12 Prozent unumgänglich sei. „Der Finanzausgleich ist dazu da, um Steuereinnahmen nach Aufgabe und Leistung zu verteilen“, sagte Weninger. Selbst eine vom Bundesministerium für Finanzen beim WIFO beauftragte Langzeitanalyse prognostiziere bei Bildung, Gesundheit und Pflege die höchsten Kostensteigerungen. Dabei handelt es sich um Leistungen, die von den Kommunen – im Verbund mit den Ländern – erbracht werden.

Nachdem Städte und Gemeinden immer mehr Aufgaben übernommen haben, sei eine Anpassung bei der Mittelverteilung dringend notwendig. Ein Verlängern der aktuellen und unpassenden Regelung, wie sie Finanzminister Magnus Brunner ins Spiel gebracht hat, werde nicht ohne drastische Einschnitte bei den Leistungen der Städte und Gemeinden möglich sein.

Zur dramatischen Lage der Kärntner Städte und Gemeinden konnten sich auch Gemeindefereferent Landesrat Daniel Fellner sowie der designierte Leiter der Gemeindeabteilung, Stefan Primosch, ein Bild vor Ort machen. Fellner skizzierte dabei die Schwerpunkte der neuen Legislaturperiode. Vor allem die Nutzung der Chancen der Digitalisierung sowie Interkommunale Kooperationen, wie etwa Synergien im Einkauf stehen im Vordergrund. Ohne Änderungen im Verteilschlüssel des Finanzausgleichs zugunsten der Länder und Gemeinden werde es jedoch zu schmerzhaften Einschnitten kommen, waren sich alle Beteiligten bei der Landesgruppensitzung einig.

Ein weiteres Thema, das diskutiert wurde: Die Entflechtung des Transfer- und Umlagensystems soll in Angriff genommen werden. Dies betrifft das derzeit äußerst komplexe und unübersichtliche System für Zahlungen der Städte und Gemeinden an das Land Kärnten. Dazu wurde eine Arbeitsgruppe eingerichtet.

Villach, am 12. Juli 2023

Bürgermeister Günther Albel
Obmann des Österr. Städtebundes Kärnten

Rückfragehinweise
LGF Städtebund Mag. Arnold Muschet, +43664/602051670